



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch, Christian Flisek, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Transparente und klare Öffnungsstrategie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend einen Plan zur Lockerung der Maßnahmen gegen die Coronapandemie zu erarbeiten. Der Lockerungsplan soll auf der Basis eines transparenten Kennzahlensystems (Booster-Impfquote, 7-Tage-Inzidenz und 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz je Landkreis/kreisfreier Stadt, landesweite Kennzahlen für den Anteil der von COVID-19-Erkrankten belegten Intensivbetten, R-Wert) konkrete und auf lokaler Ebene administrierbare Maßnahmen sowie Schritte zur Rücknahme von coronabedingten Einschränkungen im sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben enthalten. Es soll gemeinsam mit Fachpersonen aus der Wissenschaft und dem Gesundheitswesen entwickelt werden und erst mit dem Abklingen der derzeitigen Welle an Coronainfektionen zu greifen beginnen.

Begründung:

Nach mehr als zwei Jahren in der Pandemie wollen viele Bürgerinnen und Bürger über eine klare Exit-Strategie und ein Ende der Gegenmaßnahmen diskutieren. Wenn die Belastung des Gesundheitswesens es zulässt, sollten die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dieses Bedürfnis aufgreifen. Wenig hilfreich ist in diesem Zusammenhang die erneut von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vorgetragene Forderung, dass die Bundesregierung einen Stufenplan für Öffnungen vorlegen möge. Die Kompetenzen für Gegenmaßnahmen und deren schrittweise Rücknahme liegen bei den Ländern. Dem entsprechend hat beispielsweise Baden-Württemberg mit konkreten Planungen über eine Exit-Strategie begonnen. Auch in der am 16. Februar 2022 anberaumten Konferenz von Bund und Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten soll über einen Stufenplan zur Rücknahme der Einschränkungen gesprochen werden.

Es muss unbedingt verhindert werden, dass es in Bayern ähnlich wie im Herbst 2021 zu gravierenden Defiziten in den intensivmedizinischen Behandlungsmöglichkeiten von Coronapatientinnen und -patienten kommt und diese in andere Bundesländer ausgeflogen werden müssen. In der derzeitigen Situation mit täglichen neuen Höchstwerten an Neuinfektionen undifferenziert, überstürzt und ohne Augenmaß den Bürgerinnen und Bürgern Lockerungen in Aussicht zu stellen, zeugt nicht von verantwortungsvoller Politik. „Sanfte und kontrollierte Öffnungen“, wie von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in Aussicht gestellt, müssen auf einer klaren, transparenten und an epidemiologischen Fakten orientierten Vorgehensweise beruhen.